

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 36/37. 36.Jg.

26. Oktbr. 1923

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 600 000 Mk. exkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch Vertriebsstellen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 2573). Für die Länder des Weltpostvereins 1 200 000 Mk.

Redaktion:

Hans Rosner, Berlin N 24 Ehaserstraße 96-98 III. Redaktions-
schaft: Montag, Telefon: Ami Norden 4208.
Verlag: Johann Hög, Berlin N 24 - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schmöckwitz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 90 000 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Arbeitsmarktanzeigen 67 800 Mk. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 45 000 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten.

Achtung Sperren!

Portugal.

Portugal ist gesperrt. Ohne Auskunft einzuholen, ist Einreise unmöglich.

Holland.

Die Firmen: „Vereinigte Druckereien, vormals Roolffsen, Hübnerr und van Santen und Gebrüder Binger“ und Klischeefabrik „Runkel“, sind wegen ausgebrochener Differenzen gesperrt. Da Runkel sich durch Anwerbung deutscher Kollegen zu retten versucht, sei darauf verwiesen, daß die holländische Polizei solchen Deutschen schon wiederholt den Aufenthalt in Holland untersagt hat und sie die Rückreise wieder antreten mußten.

Rumänien.

Wie aus Rumänien berichtet wird, befinden sich eine Anzahl deutscher Kollegen, die trotz Warnung und ohne Einziehung von Erkundung nach dort gegangen sind, in außerordentlich großer Not. Es sei deshalb erneut dringend angeraten, ohne Einholung von Auskunft solche Reise nicht anzutreten.

Die Antwort der freien Gewerkschaften.

Was sich in der letzten Zeit ereignet hat war mehr als die schwärzesten Pessimisten erwarten konnten. Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Schichten wurde durch die Börsenwölfe, Wucherer und Schieber auf einen Stand herabgedrückt den wohl niemand für möglich gehalten hat. Not und Sorge der breiten Massen um tägliche Nahrung und Notdurft stieg direkt ins grauenhafte und mancher Gewerkschafter, der in gewissen ersten Zeiten immer kühlen Kopf bewahrt hat, war nahe daran der Verzweiflung zu verfallen. Kein Wunder, wenn in solchen Zeiten die Haltung der Gewerkschaften, die nur wenig mit Gefühlen, aber um so mehr mit vorhandenen Machtverhältnissen rechnen müssen, vielfach nicht verstanden wurde und der Wunsch immer lauter hörbar ward, die Gewerkschaften sollten aussprechen was ist und die sich daraus ergebenden Konsequenzen ziehen.

Das was den Massen der freien Gewerkschaften auf der Seele lag und noch immer liegt, brachte eine gemeinsame Ausschusssitzung der freien Gewerkschaftsverbände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes am 17. Oktober zum Ausdruck. Diese Tagung, die zum ersten Male die drei Säulen der freien Gewerkschaftsbewegung zu gemeinsamer Arbeit zusammenfaßte, war mehr als lediglich eine Demonstration, denn was dort gesprochen wurde ließ trotz aller Not und Sorge, die ohne Zweifel in großer Schwere auf den Gewerkschaften liegt, deutlich erkennen, daß die freien Gewerkschaften fordern und für ihre Forderungen zu kämpfen bereit sind.

So nützlich und auch notwendig es wäre, näher auf den Verlauf dieser wichtigen Tagung einzugehen, sei nur der gefaßte Beschluß wiedergegeben, der aber den Gang der Beratungen der drei freien Gewerkschaftsverbände ganz deutlich erkennen läßt. Folgende einstimmig gefaßte Entschließung faßt die Leitgedanken der Tagung zusammen:

„Im Namen des arbeitenden Volkes erklären die versammelten Ausschüsse der drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, daß die Not der breiten Massen einen Grad erreicht hat, der nicht mehr ertragen werden kann. Große Massen Arbeitsloser und Kurzarbeiter sind der Verzweiflung überliefert. Die Löhne der noch Arbeitenden sind auf ein Maß herabgedrückt, das zum nackten Leben nicht mehr ausreicht. Im wilden Taumel überstürzen sich die Preise und überschreiten den Weltmarktstand. Die völlige Desorganisation der Wirtschaft stürzt das deutsche Volk in den Abgrund. Unverantwortliche Kräfte sind offen und versteckt am Werke, um die Republik zu zerschlagen, die Reichseinheit zu zerstören und die wirtschaftliche und politische Diktatur gegen die Mehrheit des Volkes zu errichten.“

Nur rasche und tiefgreifende Maßnahmen können den völligen Zusammenbruch verhindern. Die Ordnung der Währung und der Staatsfinanzen, die nicht möglich ist ohne Zwangsoffer des Besitzes, muß sofort herbeigeführt werden. Nur auf der Grundlage einer festen Währung kann auch die allgemein als notwendig anerkannte höhere Leistung des Produktionsapparates — unter Ausschal-

tung aller parasitären Wucherungen, die heute am Ertrag der nationalen Arbeit zehren — erreicht werden. Die Bundesausschüsse fordern deshalb die

schnellste Rückkehr zur tatsächlichen Goldwährung für das ganze Volk, nachdem Industrie und Großhandel sie für sich längst eingeführt haben. Eine Zwischenlösung ist für die Arbeitnehmer nur tragbar, wenn damit gleichzeitig der Zustand beseitigt wird, daß die Warenpreise nach einer festen Goldwährung berechnet die Löhne und Gehälter aber in einer Währung bezahlt werden, deren Kaufkraft täglich und stündlich sinkt. Unverzüglich müssen Preise und Löhne auf die gleiche feste Währungsbasis gestellt werden.

Die Wertbeständigkeit der neuen Währung kann nur gesichert werden, wenn es gelingt, in kürzester Zeit die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen und die Notenpresse stillzulegen. Rück-sichtslos finanzpolitische Maßnahmen sind dazu erforderlich. Es genügt nicht, bestehende Steuern wertbeständig einzuhoben, vielmehr müssen

weitere starke Abgaben vom Besitz erhoben werden. Die Gewerkschaften wiederholen ihre Forderung, zu diesem Zweck eine Erfassung von Sachwerten und die unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Gewinnen der Wirtschaft durchzuführen.

Die Versammelten sind sich bewußt, daß eine dauernde Stabilisierung der Währung und Ordnung der öffentlichen Finanzen nicht erreicht werden kann ohne eine Gesundung der Wirtschaft. Die Gewerkschaften versagen sich nicht der Mitwirkung bei der notwendigen wirtschaftlichen Reorganisation. Dem entgegen steht aber der Egoismus des Unternehmers, der sich auswirkt in maßlosen Preisausschreitungen und seinen sinnfälligen Ausdruck gefunden hat in der

schamlosen Preisdiktatur der Kartelle. Die rücksichtslose Zerschlagung dieser gegen das Gemeinwohl gerichteten privaten Zwangswirtschaft, die Beschränkung des hemmungslosen Gewinntrübbels, die Erzwingung eines erheblichen Preisabbaues und damit Stärkung der Konsumkraft sind notwendige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiedergesundung. Die Unternehmer versuchen, die eigene Schuld und Unfähigkeit in der Führung der Wirtschaft zu verstecken hinter Angriffen auf die Arbeitnehmerschaft und den Achtstundentag. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft setzt dem Versuch, den

gesetzlichen Achtstundentag zu beseitigen, nach wie vor entschlossenen Widerstand entgegen in der Gewißheit, daß bei einer vernünftigen Ordnung der Wirtschaft im Rahmen des Achtstundentages eine ausreichende Produktion möglich ist. Soweit an einzelnen Stellen der Wirtschaft Überzeitarbeit notwendig ist, sind die Gewerkschaften bereit, darüber tarifvertragliche Vereinbarungen zu treffen.

Im Namen der hungernden Massen fordern die Gewerkschaften von der Regierung sofortige Maßnahmen zur

Behebung der Lebensmittelnot. Alle Mittel der Staatsgewalt müssen eingesetzt werden, um zu verhindern, daß das Volk bei vollen Scheunen verhungert. Erfassung der Ernte, schärfste Strafen für Zurückhaltung und Wucher mit Lebensmitteln müssen unverzüglich angeordnet werden, um ausreichende Mengen Lebensmittel zu angemessenen Preisen auf den Markt zu bringen. Um vor Eintritt der Frostperiode die Eindeckung mit Wintervorräten zu ermöglichen, fordern die Gewerkschaften Kreditabkommen mit solidarischer Haftung des industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Besitzes.

An die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft richten die Versammelten die Mahnung zur Besonnenheit, Einigkeit und Disziplin. Der politische, wirtschaftliche und soziale Generalangriff gegen die Arbeitnehmerschaft kann erfolgreich nur abgewehrt werden durch deren geschlossene Front. Der von den drei Spitzenverbänden eingesetzte Aktionsausschuß übernimmt die Führung dieses Abwehrkampfes.“

Die er Entschließung noch weitere Worte hinzuzufügen, ließe sie nur abschwächen. Sie ist eine Mahnung in letzter Stunde an alle die es angeht. Sie ist aber auch eine Kampfansage in unzweideutiger Form. Und die Gewerkschaften sind gewillt den Kampf zu führen. Dann muß aber auch jeder freie Gewerkschafter hinter der Führung stehen und, was unbedingt Pflicht ist. In erster Linie

gilt es da die Organisationen zu erhalten und ihnen das Pulver zur Verfügung stellen, das sie gebrauchen. Daran hat es manchmal gefehlt; auch bei uns. Wer vereinnahmte Gelder der Gewerkschaften zurückbehält und sie bewußt in den Rachen der Entwertung wirft, schwächt die Gewerkschaften ungeheuer. Dieser Zustand muß aufgehoben! Die Gewerkschaften können helfen und werden helfen, wenn jeder seine Pflicht tut. Jedoch gilt es sich von Illusionen freizuhalten. Wir haben keinen Anlaß zu verzweifeln in die Zukunft zu blicken, aber Voraussetzung dafür ist, daß wir einig und geschlossen stehen und erkennen, daß die Gewerkschaften, wie die Arbeiter, nur leben und arbeiten können, wenn sie die nötigen Existenzmittel besitzen. Anders ist jeder Aufwand schmachlich ver-tan.

Zur Gestaltung der Löhne.

Die örtliche oder bezirkliche Regelung der Löhne, die zwischen uns und den Unternehmern vereinbart worden war weil angeblich die zum Abschluß gekommenen Lohnvereinbarungen im Buchdruckgewerbe jeglicher wirtschaftlichen Grundlage entbehren und Produkt einer pregen Lage der Regierung seien, hat ihr Ende gefunden durch einen Spruch des Reichsarbeitsministeriums, der auf Gehilfenseite weder gewünscht noch verlangt worden war. Im Gegenteil! Obwohl die Verbandsleitung und mit ihr ohne Zweifel die übergroße Mehrheit der Kollegenschaft, in der zentralen Gestaltung der Löhne nach wie vor eine gewerbliche Notwendigkeit sieht, konnte sie nur zur zentralen Lohnregelung zurückkehren, wenn diese Regelung die Belange der Berufsarbeiterschaft genügend berücksichtigte. Unsere Verhandlungsführer konnten deshalb neuen zentralen Verhandlungen und der Aufhebung lokaler Verhandlungsmöglichkeiten nur zustimmen, wenn die Unternehmer annehmbare Grundlagen ausreichender Lohnvereinbarungen boten. Trotzdem diese Grundlagen nicht geboten wurden, also die am 21. 8. 23 geschlossene Vereinbarung noch immer Gültigkeit hatte und weiterbestand, ließen die Unternehmer zum R.-A., um eine Vertragsposition abändern zu lassen, die ihnen entgegen ihrer Annahme beim Eingehen dieser Vereinbarung zur Last wurde. Und das Schiedsgericht beim R.-A. nahm diese Last, die nach Hörensagen die Unternehmerorganisation zu zerdrücken drohte, von ihnen mit folgendem am 2. Oktober gefällten Schiedsspruch:

„Die durch Vereinbarung vom 21. August 1923 betreffend die Aufhebung der zentralen Lohnregelung geschaffene Übergangszeit endet mit Ablauf des 28. September 1923.“

Der Spitzenwochenlohn vom 29. September bis einschließlich 5. Oktober 1923 wird auf 1,5 Milliarden Mark bemessen. Daraus kommt der bis 30. November 1923 noch in Geltung befindliche Zuschlag von 2 1/2 Prozent als Entgelt für die 48 Arbeitsstunden. Die Regelung von Sonderzulagen für das besetzte Gebiet und die diesem von Reichs- und Staatsbehörden gleichgestellten Gebiete bleibt örtlichen oder bezirklichen Vereinbarungen überlassen.“

Durch diesen Spruch ist zum zweiten Male auf Wunsch und Willen der Unternehmer eine Vereinbarung der Parteien gegen den Willen der Gehilfen aufgehoben und dargetan worden, daß geschlossene Vereinbarungen gar nicht so tragisch zu nehmen sind. Das wollen wir uns recht gut merken und zu gegebener Zeit die Konsequenzen ziehen.

Da der Schiedsspruch von den Unternehmern und den Gehilfen angenommen worden ist — der Verbandsvorstand rief den Verbandsausschuß und die Gauleiter zur Mitentscheidung auf, die mit Mehrheit für Annahme entschieden —, war die zentrale Regelung der Löhne wieder in Kraft getreten. Die erst nachträglich zur vollen Unzulänglichkeit gewordene Lohnvereinbarung für die Woche vom 6. bis 12. Oktober konnte zwar nachträglich noch um 2 Milliarden aufgewertet werden, aber die Unzulänglichkeit der Lohnbemessung im Voraus, die wiederholt schon Gegenstand der Kritik der Gehilfenvertreter war, brach doch dabei das Genick. Die Unternehmer mußten, gezwungen durch die Verhältnisse, einwilligen, die Löhne am Ende der Woche festzusetzen. Kommen so auch die Kollegen erst einige Tage später in den Besitz ihres Lohnes, so ist der Lohn doch besser den Notwendigkeiten angepaßt. Die Verhandlungen für das Lithographie- und Steindruckgewerbe am 20. Oktober ergaben daraufhin folgende Vereinbarung:

„1. Der Spitzenlohn für die Woche vom 13. bis 19. Oktober wird auf 30,600 Milliarden einschl. des Entgeltes für die 48 Stunden festgesetzt. Dieser Betrag ist am Dienstag, den 23. Oktober abzüglich der bereits geleisteten Vorschüsse zu zahlen.“

2. Am Mittwoch, den 24. Oktober wird ein Vorschuß von 15 Milliarden in der Spitze gezahlt.

3. Am Freitag, den 26. Oktober ist eine weitere Zahlung von 15 Milliarden in der Spitze zu leisten.

4. Die endgültige Festsetzung des Lohnes für die Woche vom 20. bis 26. Oktober erfolgt möglichst bis zum Freitag, den 26. Oktober.

Für das **Chemigraphie-, Kupfer-, Tief- und Lichtdruckgewerbe** wurde am gleichen Tage eine ähnliche Vereinbarung abgeschlossen, die einen Spitzenlohn für die Woche vom 13. bis 19. Oktober von 30 Milliarden ausschließlich der tariflichen Sonderleistung als Abgeltung für den Fortfall der Waschpausen festsetzt.

Im Formstechergewerbe ist seit Ende September die zentrale Festsetzung der Löhne aufgehoben. Bei der Beratung des durch die Unternehmer gekündigten Tarifes, die Ende Oktober gepflogen werden, wird auch über die Lohnfrage geredet werden müssen.

Die **Lohnforderungen der Gehilfen** gingen selbstverständlich wieder weit über das hinaus, was nach Unternehmeransicht das Gewerbe tragen kann. An solche Redefloskeln ist man ja nachgerade gewöhnt. Aber der ernsthafteste Versuch der Steindruckereibesitzer, mit diesem fadenscheinigen Argument den Gehilfenvertretern die Sonderbezahlung für die 48. Arbeitsstunde abzusuchen zu können, war doch nur die Absicht, Vorarbeit für den 30. November leisten zu wollen. Um keine falsche Ansicht aufkommen zu lassen sei deshalb bemerkt, daß die tariflichen Vereinbarungen Geltung behalten müssen und von einer weiteren Abänderung keine Rede mehr sein kann. Da die Steindruckunternehmer mit Totsicherheit trotzdem darauf hinarbeiten werden, auch diese tarifliche Vereinbarung die eine Bezahlung der 43. Stunde ohne Überstundenzuschlag vorsieht, der Revision zu unterziehen, ist noch mit manchen schweren Kampf zu rechnen und die Annahme, daß dann auch das R.-A. in Bewegung gesetzt wird, liegt ziemlich nahe. Aber diese Einmischung müssen wir ablehnen! Wir haben deshalb auch aus dieser Erwägung heraus alle Veranlassung, die Organisation mit allen Mitteln zu stärken und der Verbandsleitung die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie notwendigerweise gebraucht. Anscheinend ist dafür nicht in allen Kollegenkreisen das notwendige Verständnis vorhanden. Möge dieser Hinweis genügen und das Verständnis wecken. Sonst kommen Dinge über uns die kein Kollege will.

Der Internationale Kongreß in Luzern.

Ende August sollte in Luxemburg der Internationale Kongreß der Lithographen stattfinden. Durch die Verhältnisse in Deutschland wurde dieser Kongreß vertagt, er fand am 27. und 28. September in Luzern statt. Die deutsche Organisation hatte als Vertreter den Kollegen Herbst gesandt. Als Mitglied des Exekutivkomitees nahm Kollege Haß an diesem Kongreß teil. Es lag eine umfangreiche Tagesordnung vor. Aus 10 Ländern waren 16 Delegierte anwesend, außerdem je ein Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes, des Internationalen Arbeitsamtes und der graphischen Berufe.

Der Geschäftsbericht des Genossen Poels brachte eine eingehende Debatte über die verschiedensten Fragen. Die Entlastung wurde einstimmig erteilt. Unter Punkt 5 wurde die Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes behandelt. Das Referat hatte Kollege Haß. Eine Resolution, die das Wirken des Internationalen Gewerkschaftsbundes anerkennt und die Unterstützung durch die Landesorganisationen ausspricht, wurde angenommen.

Die Entwicklung der Technik im graphischen Gewerbe behandelte Kollege Herbst in einem Vortrage. Er zeigte diese Entwicklung durch eine Zusammenstellung von Druckerzeugnissen. In einer Resolution wurde die bessere Aus- und Durchbildung des Nachwuchses verlangt.

Die schwierigste Beratung war die Verabschiedung des neuen Statuts. Die deutsche Organisation hatte eine Reihe Abänderungsanträge gestellt, die leider nicht zur Annahme gebracht werden konnten. Bei der Festsetzung der Stimmenverhältnisse drohte sich eine erste Differenz anzutun. Die Begrenzung der Stimmenzahl für die großen Organisationen bringt es mit sich, daß die beiden englischen Verbände mit zusammen 10000 Mitglieder 10 Stimmen haben, während Deutschland mit 18000 Mitglieder nur über 5 verfügen kann. Dieser Zustand kann nicht aufrecht erhalten werden. Es wurde auf unseren Protest hin eine Einigungsformel des Exekutivkomitees angenommen, wonach der nächste Internationale Kongreß sich noch einmal grundlegend mit dieser Frage beschäftigen soll.

Das Exekutivkomitee und der Internationale Sekretär Kollege Poels wurden wieder gewählt. Die gesamte Arbeit wurde in zwei Tagen mit zwei Abend Sitzungen beendet, um den deutschen Kollegen die schnelle Rückkehr zu ermöglichen.

Das Ergebnis der Beratungen des Internationalen Kongresses hat die deutschen Delegierten nicht befriedigt. Es wird zu geeigneter Zeit und an anderer Stelle darüber noch weiter zu reden sein.

An die graphische Arbeiterschaft! An die Betriebsräte!

Die allgemeine Verelieferung der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands hat auch eine wachsende Bedrängnis der Arbeiterbewegung und insbesondere der Gewerkschaften heraufbe-

schworen. Diese Bedrängnis führt gerade in dem Augenblick, da die schlimmsten Gegner der Arbeiterklasse zum verstärkten Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft aufrufen, zu einer Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Macht und zu einem Abbau der gewerkschaftlichen Einrichtungen und Kampfmittel. Für die Öffentlichkeit tritt diese gegenrevolutionäre Entwicklung durch den Rückgang der Arbeiter- und Gewerkschaftspresse besonders augenfällig in Erscheinung.

Es ist in der graphischen Bundeszeitung wiederholt auf die arbeiterfeindlichen Absichten des Unternehmertums hingewiesen worden, um auf die Gefahren biszeiten aufmerksam zu machen. Selbst der wirtschaftliche Niedergang mußte den Arbeiterfeinden die Mittel zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung liefern. Tatsächlich hat die Geldentwertung Formen angenommen, die jede rechnerische Voraussicht nahezu unmöglich machen. Den Gewerkschaften sind damit die Kampfmittel entwertet und teilweise entzogen worden. Diese Entwicklung hat zu gewaltigen Einschränkungen der gesamten Arbeiterpresse geführt. Die Vorstände der graphischen Gewerkschaften gelangten unter dem Druck dieser Verhältnisse am 3. Oktober zu dem Beschluß, das Erscheinen der graphischen Bundes- und Betriebsratszeitung einzustellen, um so die vorhandenen Mittel den Aufgaben zuwenden zu können, die sie zur Erhaltung der Organisationen für unbedingt notwendig halten. Mit der Septembernummer ist somit die letzte Nummer des „Graphischen Bundes“ heraus gekommen, der zum ersten Male im Mai 1921 erschien. Schon diese letzte Nummer zeigte deutlich Krisenzeichen und konnte nur noch vierseitig erscheinen. Das gemeinsame Organ, das den Funktionären und Betriebsräten in dem Streben nach Fortschritt und Wissen ein Führer und Weggenosse war, hat zu bestehen aufgehört. Ob es wieder auferstehen wird steht dahin. Es steht auch dahin, welche neuen Einrichtungen später an die Stelle der jetzt aufgegebenen treten werden.

Kollegen! Nicht wehleidig beklagen wollen wir die rückläufige Entwicklung, nicht die Hoffnung aufgeben, die sich an diese Einrichtungen knüpft, sondern einig und geschlossen zusammenstehen in der Verteidigung unserer Organisationen. Das Blatt wendet sich einmal wieder, es kommen so sicher wieder Zeiten der machtvollen Aufwärtsentwicklung für die deutsche Arbeiterklasse, wie auf dem Winter der Frühling folgt. Dann gilt es wieder aufzubauen und Einrichtungen zu schaffen, die fester begründet und erfolgversprechender sein müssen, wie die heute aufgegebenen. Die graphische Arbeiterschaft weiß, was sie will, sie läßt sich auch durch vorübergehende Rückschläge nicht beirren. Der graphische Bund wird auch weiterhin bestrebt sein, die ihm obliegenden Pflichten zu erfüllen zum Wohle der graphischen Verbände. Vorwärts trotz alledem!

Es lebe der Zusammenschlußgedanke!

I. A.: Friedrich Pritzschow, Graphischer Bund.

Um das Verbandsorgan.

Die finanzielle Lage des Verbandes zwang — leider — die Verbandsleitung, die „Graphische Presse“ nur nach dringendem Bedarf und Möglichkeit erscheinen zu lassen. Wochen verfließen deshalb, ehe es möglich war wieder zu den Kollegen sprechen und die Dinge so zeichnen zu können wie sie sind. Letzteres aber ist gerade in der gegenwärtigen Zeit eine der dringlichsten Notwendigkeiten. Der Sturm auf den gesetzlichen Achtstundentag hat mit unerbitterlichem Zwang die Einheit der freien Gewerkschaftsbewegung als einzigen Hort wahrer Interessenvertretung der Arbeiter erwiesen. Aber die Einheit ist machtlos wenn sie nicht zugleich die Schlagfertigkeit zur Seite hat. Schlagfertigkeit der Gewerkschaften aber heißt Umformung der vielen Einzelwillen in einen Gesamtwillen. Die vielen Einzelwillen in einen Gesamtwillen umzuformen ist die erste Aufgabe eines Gewerkschaftsorgans. Ist das Verbandsorgan durch seine bisherige finanzielle Grundlage verhindert, diese seine Pflicht zu erfüllen, müssen andere Wege gesucht und beschritten werden, die Pflichterfüllung zu ermöglichen. Da nach menschlichem Ermessen in absehbarer Zeit der Verband nicht in der Lage ist auf Verbandskosten die „Graphische Presse“ herauszugeben zu können, muß durch weitere Opfer der Kollegen das Erscheinen des Verbandsorgans gesichert werden. Dem das Verbandsorgan ist das sichtbare Band, das alle Kollegen zu solidarischem Tun umschlingt. Kommt das Verbandsorgan zum Erliegen — und es muß angesichts der Milliardenanwendungen für jede einzelne Nummer erliegen — dann ist durch weitere Opfer der Kollegen das Erscheinen des Verbandsorgans gesichert werden. Dem muß unter allen Umständen gesteuert werden!

Da die Verbandskasse nicht in der Lage ist für das Verbandsorgan die notwendigen Gelder herbeizustellen, gilt es deshalb durch Einführung des Abonnements das Erscheinen der „Graphischen Presse“ zu sichern. Das Abonnement könnte bald beglänzen. Möglich wäre Einzel- und Massen-Abonnement in kleineren Mitgliedschaften wäre es vorteilhaft das Abonnement durch die Ortsverwaltung zu besorgen. Darüber hinaus sollten es sich die Betriebsvertrauensleute angeeignen sein. Daß Abonnement auf das Verbandsorgan für die Kollegen zu besorgen, bzw. für den Betrieb die Zeitung zu bestellen. Als vorteilhafte Einrichtung hat sich bei den Buchdruckern

das Obligatorium für die Mitgliedschaft gezeigt, deren Kosten als Aufschlag auf den Verbandsbeitrag aufgebracht werden.

Um die Kollegen nicht allzusehr zu belasten, wäre einstellweise ein Erscheinen der „Graphischen Presse“ alle 14 Tage im Umfange von zwei Seiten in Ansatz zu bringen. Das würde nach vorläufiger Berechnung einen Grundpreis von 5 Pfennigen ergeben. Da sich das Postabonnement nach dem Schlüsselzahl der Zeitungsverleger mal Grundpreis berechnet, dürfte das keine Belastung der Kollegen sein die es erforderte, das Verbandsorgan zur Strecke bringen zu lassen.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die Haltung des Verbandsorgans. Es läßt sich sicherlich darüber manches sagen, aber allen Kollegen es recht zu machen ist eine Kunst die niemand kann. Die Wünsche der Kollegen sind nicht nur sehr verschiedenartig, sondern oft direkt entgegen gesetzt. Aber das alles darf nicht Ursache sein, die Beantwortung der Frage ob Abonnement oder nicht negativ zu entscheiden. Wir brauchen alle das Verbandsorgan wie das Brot und deshalb gilt es das Notwendige in die Wege zu leiten!

Die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise.

Die Wirtschaftskrise, die augenblicklich die deutsche Produktion lähmte und Millionen von Händen, die scharfen wollen, feiern läßt, ist von allen Kennern der Wirtschaft vorausgesehen und vorausgesagt worden. Allerdings, ihr Auftreten ist unter anderen Verhältnissen erwartet worden als es sich heute zeigt. Allgemein war man der Ansicht, daß sich eine Wirtschaftskrise mit außerwöhnlicher Schwere auf die Schultern der deutschen industriellen Produktion legen müßte wenn die deutsche Mark in das Stadium der Stabilität eintritt, weil infolge der weit über der Goldbasis liegenden Preise der Rohmaterialien die Fertigerikate unabsetzbar werden müßten.

Daß es anders gekommen ist kann heute jeder selbst feststellen. Die deutsche Papiermark ist heute alles andere als stabil. Sie rast in die Milliarden hinein. Infolge der Geldentwertung springen die Preise auf astronomische Zahlen. Die Entwertung der Mark scheint überhaupt keine Grenzen mehr zu kennen. Da nach Ansicht auch unserer Unternehmer die industrielle Produktion bisher nur von der Geldentwertung gelebt hat und bis in die Tage des Juli hinein tatsächlich jede weitere Entwertung der Mark eine gesteigerte industrielle Tätigkeit mit sich brachte, müßte heute, wo sich die Geldentwertung fast von Stunde zu Stunde überschlägt, die industrielle Produktion zu verzeichnen sein die selbst die letzte Hand in Bewegung setzt um die Anforderungen genügen zu können, die gestellt worden sind.

In Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt. Die Beschäftigung geht in dem Grade zurück als die Mark entwertet wird! Das hat zur Ursache, daß nicht die deutsche Mark, sondern die Warenpreise stabilisiert wurden. In dem Augenblick, in dem die Industrie allgemein dazu überging alle Kalkulationen in Gold vorzunehmen und alle Warenpreise auf Goldbasis zu stellen, hörten die aus der Geldentwertung geborenen industriellen Aufträge auf. Denn die Preise sind ja stabil. Aber die stabilen Goldpreise schloßen in sich die über den Goldstand der Vorkriegszeit liegenden Vertueuerungen aller Materialien. Nur die Arbeitskraft macht dabei eine Ausnahme. Jedoch trotz Bemessung der Arbeitskraft in Papiermark, die absolut weit unter der Goldbasis der Vorkriegszeit liegt, erdrücken die Überbiedenspreise der Rohmaterialien fast jeden Absatz nach dem Auslande. Der Unternehmer sagt, daß er auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig ist und verlangt Herabsetzung der „hohen“ Löhne und unbezahlte Mehrarbeit durch längere Arbeitszeit.

Wenn an der Behauptung der „hohen“ Löhne der Arbeiter auch nur ein Atom Wahrheit wäre, dann müßte sich die Krise auf die Betriebe, die ausschließlich fürs Ausland arbeiten, beschränken. Denn die Masse der deutschen Konsumenten hat so viel Bedürfnisse zu befriedigen, daß gar nicht genug lebenswichtige Bedarfsartikel hergestellt werden könnten. Aber auch der Warenabsatz im Inland steckt in verhängnisvoller Weise. Die große Masse der Konsumenten führt einen erzwungenen Konsumentenstreik wie er schärfer gar nicht geführt werden kann. Die Massen der Konsumenten sind infolge ihrer Entlohnung mit Papiermark einfach nicht in der Lage die auf Goldbasis beruhenden Preise für notwendige Gebrauchsgüter bezahlen zu können. Nichts zeigt deutlicher den riesigen Schwindel von den hohen Löhnen der Arbeiter als diese kleine Betrachtung. Zusammengefaßt aber sind die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die Übergoldpreise auf der einen Seite und die Unterbezahlung der Arbeitskraft mit Papiermark auf der anderen Seite. Diese Wirtschaftskrise wird erst als behoben zu bezeichnen sein wenn die Überbewertung der Waren und die Unterbewertung der Arbeitskraft ihr Ende gefunden haben. Die Schlußfolgerung daraus ist, daß die Löhne endlich die notwendige Kaufkraft erhalten. Wenn dieser Zustand nicht auf dem Wege der Verständigung bald herbeigeführt ist, dann muß er im Interesse der deutschen Wirtschaft eben erkämpft werden. Zum Kampf führen gehören aber starke und finanziell leistungsfähige Gewerkschaften. Haben wir in dieser Beziehung unsere Pflicht getan?